



7/2018

ANDREAS LÄMMELS BERLINER RUNDSCHAU

Liebe Leserinnen und Leser,

nun hat der Frühling Einzug gehalten. Allerorten grünt und blüht es und man kann fast zuschauen, wie die Natur zu neuem Leben erwacht. Darauf haben wir lange warten müssen. Ich hoffe sehr, dass sich mit dem schöneren Wetter auch eine bessere Laune in unserem Land einstellt. Ein Hauch mehr Optimismus und weniger Verbissenheit würde vielen Diskussionen gut tun.

Auch in Berlin wird nun wieder regiert. Die Regierung hat sich neu aufgestellt, viele Personalentscheidungen wurden getroffen. Nun geht es daran den Koalitionsvertrag in Politik umzusetzen. Bis zum Sommer sollen noch zahlreiche politische Initiativen auf den Weg gebracht werden. Aber Vorsicht, Genauigkeit geht vor Schnelligkeit.

Vor allem auf europäischer Ebene darf Deutschland Vorschlägen nicht zustimmen, die mit den Interessen unseres Landes nicht übereinstimmen. Außerdem besteht die EU nicht nur aus Deutschland und Frankreich. Die vielen kleineren Länder, vor allem in Südosteuropa, müssen an diesen Prozessen beteiligt werden. Die geplante Aufnahme von Erweiterungsgesprächen mit Albanien und Mazedonien ist intensiv zu hinterfragen. Brauchen wir diese Gespräche gerade jetzt, wo innerhalb der EU soviel unklar ist? Das Verhältnis zu Russland muss geklärt werden. Russland gehört zu Europa und wir brauchen geregelte und gutnachbarschaftliche Beziehungen in Richtung Osten.

Also: Es gibt genug zu tun. Die politische Bühne bietet genug Stoff für interessante Diskussionen. Beteiligen Sie sich.

Ein sonniges Wochenende wünscht Ihnen

Andreas Lämmels

DIE WOCHEN IM PARLAMENT

Bericht der Bundesregierung zum Stand der Bemühungen um Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung sowie über die Entwicklung der Streitkräftepotenziale (Jahresabrüstungsbericht 2017). Der von der Bundesregierung vorgelegte Jahresabrüstungsbericht 2017 verdeutlicht die erheblichen Herausforderungen, vor denen die seit Jahrzehnten bestehende Abrüstungs- und Rüstungskontrollarchitektur auch im zurückliegenden Jahr stand. Insbesondere der andauernde Konflikt im Osten der Ukraine sowie Indizien für eine mögliche Unterwanderung des INF-Vertrags durch Russland sind der Grund dafür. Vor diesem Hintergrund bestand die zentrale Zielsetzung der Bundesregierung vor allem darin, sich für den Erhalt und die vollständige Umsetzung der bestehenden Rüstungskontroll- und Abrüstungsarchitektur einzusetzen. Nicht zuletzt führen die Giftgasanschläge in Syrien sowie der Nervengasanschlag im britischen Salisbury die Notwendigkeit der Durchsetzung dieser Normen nachdrücklich vor Augen.

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der durch die Europäische Union geführten EU NAVFOR Somalia Operation Atalanta zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias. Die EU-geführte Mission Atalanta hat in der Vergangenheit wesentlich zum Rückgang der Piraterie vor der Küste Somalias beigetragen. Gleichwohl bleibt die Sicherheitslage aufgrund des Bürgerkriegs im Jemen und fehlender staatlicher Strukturen in Somalia instabil. Auch die Hauptaufgabe der Mission, der Schutz der Schiffe des Welternährungsprogramms, bleibt weiterhin erforderlich. Der Bundestag beriet daher die Verlängerung der deutschen Beteiligung an der Mission um zwölf Monate bis zum 31. Mai 2019. Die Mandatsobergrenze soll bei unverändert 600 Soldaten verbleiben.

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Militärmission der Europäischen Union als Beitrag zur Ausbildung der malischen Streitkräfte (EUTM MALI). Das Parlament beriet ebenfalls den Antrag der Bundesregierung auf Verlängerung des Mandats der EU-Ausbildungsmission in Mali bis zum 31. Mai 2019. Neue Komponente der EU-Mission ist die



© Deutscher Bundestag / Thomas Trutschel/photothek.net

Verbesserung der Einsatzfähigkeit der gemeinsamen Einsatztruppe der G5-Sahel- Staaten, um diese zum eigenständigen Kampf gegen terroristische Strukturen zu befähigen. Die Obergrenze des Mandats soll um 50 Soldaten auf 350 erhöht werden. Damit tragen wir den zusätzlichen Aufgaben Rechnung, die sowohl mit der Übernahme der Missionsführung durch Deutschland ab November 2018 als auch mit den zusätzlichen Beratungsleistungen in Stäben der gemeinsamen G5-Sahel-Einsatztruppe einhergehen. Mit Blick auf Letztere soll das bisherige Einsatzgebiet im Süden Malis um die G5-Sektorenhauptquartiere in Niger, Tschad und Mauretanien erweitert werden.

Die Gewaltexzesse gegen die Rohingya stoppen – Für die vollständige Anerkennung als gleichberechtigte Volksgruppe in Myanmar. Die Verfolgung von Menschen aufgrund ihres Glaubens verletzt das zentrale und universelle Menschenrecht auf Religionsfreiheit zutiefst. Ausgehend von der Massenflucht von über 688.000 Mitgliedern der muslimischen Minderheit der Rohingya aus Myanmar nach Bangladesch forderte die Unionsfraktion die Bundesregierung in einem gemeinsam mit dem Koalitionspartner eingebrachten Antrag auf, sich gegenüber der Regierung Myanmars für ein Ende der Menschenrechtsverletzungen einzusetzen. Darüber hinaus müssen die Aufarbeitung der Verbrechen, die Umsetzung der von den VN unter Leitung Kofi Annans entwickelten Lösungsansätze, der Zugang für humanitäre Hilfsorganisationen und die Gewährung der vollständigen politischen und sozialen Rechte der Rohingya sichergestellt werden.

HARTZ IV VS. GRUNDEINKOMMEN

Die Kritik an der **Arbeitsmarktreform Hartz IV** ist so alt wie die Reform selbst. Teile der SPD wollen Hartz IV nun sogar abschaffen und schlagen ein Grundeinkommen als Alternative vor. Im Gegensatz zum bedingungslosen Grundeinkommen, das - wie der Name schon verrät - jedem zustünde, ohne jede Bedingung gewährt würde und dessen Höhe für alle gleich wäre, soll das vom Regierenden Bürgermeister Berlins Michael Müller ins Spiel gebrachte **Solidarische Grundeinkommen** anders funktionieren.



Die Grundidee besteht darin, **Hartz-IV-Empfängern eine gemeinnützige, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im kommunalen Bereich anzubieten, tariflich entlohnt und unbefristet**. Das könnten unter anderem Jobs als Hausmeister in öffentlichen Einrichtungen oder in der Kinderbetreuung sein. Es gebe genug zu tun und es sei besser, Arbeit zu finanzieren als Arbeitslosigkeit – so die Argumentation.

Im Kern ähnelt der Vorschlag den **Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen**, in die in den 1990er Jahren Hunderttausende Arbeitslose geschickt wurden. Die sogenannten ABM werden inzwischen nicht mehr von den Arbeitsagenturen und Jobcentern genutzt. Das liegt auch an den **ernüchternden Resultaten**: Studien zeigten, dass die Teilnehmer dieser Programme länger brauchten als anderer Arbeitslose, um wieder in normale Beschäftigung zu kommen. Das kann unter anderem daran liegen, dass Arbeitslose durch ihre Teilnahme an einer ABM signalisieren, dass sie schwer vermittelbar sind. **Vor allem aber wirkt ein Einsperreffekt**: Arbeitslose, die einer öffentlich geförderten Beschäftigung nachgehen oder diese auch nur in Aussicht gestellt bekommen, suchen im Durchschnitt weniger intensiv nach einer regulären Beschäftigung.

Komplett **ersetzen könnte ein Grundeinkommen für gemeinnützige Tätigkeiten Hartz IV ohnehin nicht**. Im Gespräch sind solche Jobs nur für 150.000 Langzeitarbeitslose. Auch soll die gemeinnützige Beschäftigung freiwillig sein. Arbeitslose, die das Angebot nicht wahrnehmen wollen oder können, erhielten also weiterhin Arbeitslosengeld.



Quelle: 2018 IW Medien/ Institut der deutschen Wirtschaft

Außerdem plant die Bundesregierung bereits neue Instrumente, die gezielt den Langzeitarbeitslosen helfen sollen. **Im Koalitionsvertrag sind vier Milliarden Euro für Arbeitsfördermaßnahmen vorgesehen**. Die geplanten Maßnahmen sind allemal besser, als einen staatlich geförderten Niedriglohnsektor zu etablieren.

Die SPD muss sich endlich von ihrem Hartz IV-Trauma erholen. Dass noch immer viele Menschen länger als ein Jahr arbeitslos sind, gilt als Vielen Zeichen des Scheiterns. Aber schauen wir auf die genauen Zahlen: **Zuletzt betrug die Zahl der Langzeitarbeitslosen 845.000**. Vor zehn Jahren waren es allerdings 1,3 Millionen. Der **Rückgang beträgt also mehr als ein Drittel und von Scheitern kann keine Rede sein**. Natürlich gilt es noch sehr viele Menschen, die lange arbeitslos sind, wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu bringen. Das schaffen wir aber nicht durch ein Grundeinkommen, was die Arbeitsanreize reduziert.

BEGEGNUNGEN



Beim Abend des **Sächsischen Handwerks** im März kam ich mit dem **Handwerkstag-Präsidenten Roland Ermer** ins Gespräch. Er monierte vor allem die anfallenden Melde-, Berichts- und Dokumentationspflichten für die Handwerksbetriebe. Vordringlich müssen Kleinbetriebe **von Bürokratie entlastet** werden. Dafür werde ich mich in Berlin weiterhin einsetzen.



Anfang April startete das **Bike Areal Dresden** in seine Jubiläumssaison. Es feiert in diesem Jahr sein **10-jähriges Bestehen**. Als Schirmherr und Unterstützer des Projekts habe ich mir vor Saisonbeginn wieder einen Einblick vor Ort verschaffen können. Die **Elektrosituation auf dem Gelände** konnte deutlich verbessert werden und demnächst wird auch die Minirampe saniert. Gemeinsam mit Bike24 hat der Dirt and Dust e.V. ein semiprofessionelles Nachwuchs-Downhillteam gegründet, welches an nationalen und internationalen Rennen teilnehmen wird. Das sind gute und spannende Entwicklungen.

Nur etwa 2 bis 4 Prozent der Entwicklungshilfegelder wandern in Bildungsanstrengungen und damit nicht genug in Projekte, die Know-How im eigenen Land schafft. Die **Deutsch-Mosambikanische Gesellschaft e.V. DMG** tut genau das. Seit zwei Jahrzehnten baut und unterhält sie Schulen und Ausbildungszentren in Mosambik. In der Beiratssitzung im März sprachen wir darüber, wie die DMG weiterhin erfolgreich bleibt.



Um Ostern hieß es nochmal **„Leinen los!“** zum **Kartoffelsuppenstammtisch** mit Unternehmern und Unternehmerinnen aus dem Wahlkreis. In lockerer Runde diskutierten wir auch diesmal wieder die aktuellen politischen Entwicklung nach der Regierungsbildung, insbesondere die Neuaufstellung des Bundeswirtschaftsministeriums.

In den letzten Wochen habe ich **Schülerinnen und Schüler in Berlin** begrüßt. Dabei fällt mir stets auf, dass Schüler oft ganz andere Fragen stellen als Erwachsene. So interessierten sich die Jugendlichen für das **Verhältnis von Arbeit und Freizeit** bei einem Abgeordneten. Wir sprachen aber auch über den **Wahlkampf im letzten Jahr, Rüstungsexporte und die Flüchtlingspolitik**. Die Schüler wollten außerdem wissen, wo mich meine Dienstreisen hinführen. Gern gab ich einen **Einblick in meine Afrikareisen**.

TERMINE

Wir bitten um Verständnis, dass Andreas Lämmel MdB bis zur vollen Genesung nur begrenzt Termine wahrnehmen kann.

Das Büro steht Ihnen gern zur Verfügung.

Impressum: Andreas Lämmel - Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel. 030 22770200 / Wahlkreisbüro, An der Kreuzkirche 6, 01067 Dresden, Tel. 0351 8025943

Bestellung per E-Mail: newsletter@andreas-laemmel.de / www.andreas-laemmel.de / www.facebook.com/laemmelmdb